

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1916

518 (10.11.1916) Mittagsblatt

Badischer Beobachter

Fernsprecher 535

Mittagsblatt

Postfach: Karlsruhe 4844

Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt vierteljährlich M. 3.20. Von der Reichsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 75 Pf. Auswärts (Deutschland) Bezug durch die Post M. 3.65 vierteljährlich ohne Postgeb. Bestellungen in Österreich-Ungarn, Bulgarien, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postanstalten. Übriges Ausland (Weltweit) M. 10.— vierteljährlich durch die Geschäftsstelle.

Er erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben. Zeitungen: Je einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“ das vierteljährliche Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“.

Anzeigenpreis: Die nebeneinander liegende Seite oder deren Raum 25 Pf. Kleinanzeigen 60 Pf. Platz, kleine- und Stellen-Anzeigen 15 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Nachzahlung nach Tarif. Beilagen nach besonderer Vereinbarung. Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen. Schluß der Anzeigen-Nahme: Täglich vormittags 8 Uhr, bzw. nachmittags 3 Uhr. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße 42, Karlsruhe.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: E. H. Meyer; für Ausland, Nachrichten, Handelsteil und den allgemeinen Teil: Franz W. Bahl. Druckstunden: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Verantwortlich für Anzeigen und Kleinanzeigen: H. Hofmann in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Kleinanzeigen: H. Hofmann in Karlsruhe.

Des Reichskanzlers Antwort an Grey.

Der Reichskanzler fuhr in seiner eingangs bereits gemeldeten Rede fort: Ich erinnere an die Sachlage vor der Stunde, als Deutschland den Befehl der allgemeinen Mobilmachung erteilte. Bekannt ist die Instruktion, die ich am 30. Juli an unseren Botschafter nach Wien gegeben habe. In dieser Instruktion habe ich der österreichisch-ungarischen Regierung eine unmittelbare Verständigung mit Russland dringend nahegelegt und ausdrücklich ausgesprochen, daß Deutschland nicht wünsche, durch Nichtbeachtung unserer Ratsschlüsse in einen Weltbrand hineingezogen zu werden. Lord Grey weiß nun genau, daß ich einen von ihm in meinem Botschafter am 29. Juli gemachten Vermittlungsvorschlag, der mir als eine geeignete Grundlage für die Erhaltung des Friedens schien, mit der entschlossensten Befürwortung nach Wien weitergegeben habe.

Ich habe damals nach Wien telegraphiert: Falls die österreichisch-ungarische Regierung jede Vermittlung ablehnt, stehen wir vor einer Konfiskation, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien allen Anzeichen nach nicht mit uns gehen würden, jedoch wir mit Österreich-Ungarn drei Großmächten gegenüberstünden. Deutschland würde infolge der Gegenreaktion Englands das Hauptgewicht des Kampfes zufallen. Das politische Prestige Österreich-Ungarns, die Waffenehre seiner Armee, sowie seine berechtigten Ansprüche gegen Serbien könnten durch die Befreiung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gefährdet werden. Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklich zu empfehlen, die Vermittlung zu den angebotenen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich-Ungarn und uns eine unangenehm schwere.

Die österreichisch-ungarische Regierung entsprochen unseren eindringlichen Vorstellungen, indem sie ihrem Botschafter in Berlin folgende Weisungen gab: Ich ersuche Eure Exzellenz, den Staatssekretär von Jagow für die uns durch Herrn von Tschirschky gemachten Mitteilungen verbindlich zu danken und ihn zu erklären, daß wir trotz der Anerkennung, die in der Situation selber durch die Mobilisierung Russlands eingetreten sei, gegen bereit seien, dem Vorschlag Sir Edward Grey, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näher zu treten. Die Voraussetzungen unserer Annahme seien notwendig, daß unsere militärischen Aktionen gegen Serbien einzuweisen ihren Fortgang nehmen und daß das englische Kabinett die russische Mobilisierung zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle selbstverständlich auch wir die uns durch dieselben anzuwendenden bestimmten militärischen Gegenmaßnahmen in Galizien sofort wieder rückgängig machen würden.

Der Reichskanzler hat nun schuld an dieser schicksalsschweren Entscheidung. Wir, die wir dem Wiener Kabinett die mit Nachdruck geäußerte Nachgiebigkeit und die Annahme eines englischen Vermittlungsvorschlages empfahlen oder das britische Kabinett, das Frankreich und Russland in der kritischen Stunde seine Waffenhilfe in Aussicht stellte?

Lord Grey hat sich endlich ausführlich mit der Zeit nach dem Frieden, mit der Gründung eines internationalen Bundes zur Wahrung des Friedens beschäftigt. Auch dazu will ich einige Worte sagen: Wir haben niemals einen Gehl aus mehreren Zweifeln gemacht, ob der Friede durch internationale Organisationen, wie Schiedsgerichte, dauerhaft gesichert werden könne. Die theoretische Seite des Problems will ich hier nicht erörtern, aber praktisch werden wir jetzt und im Frieden zu der Frage Stellung nehmen müssen. Wenn bei uns nach der Beendigung des Krieges seine entscheidenden Vermittlungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die soweit es an der Menschheit liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhindern. Dieser Schrei wird so stark und berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß. Deutschland wird jeden Versuch, eine praktische Lösung zu finden, ehrlich mitzuprüfen und an seiner möglichen Verwirklichung mitarbeiten, das um so mehr, wenn der Krieg, wie wir zuversichtlich erwarten, politische Zustände herbeibringt, die der freien Entfaltung aller Nationen, kleinen und großen, gerecht werden. Dabei wird das Prinzip des Rechtes und der freien Entwicklung nicht nur auf dem Festlande, sondern auch auf dem Meere zur Geltung zu bringen sein. Davon hat Lord Grey allerdings nicht gesprochen.

Die internationale Friedensbürgschaft, die ihm vorzuschwebt, scheint mir überhaupt einen eigenartigen, auf speziell englische Wünsche zugeschnittenen Charakter zu haben. Während des Krieges haben nach seinem Willen die Neutralen zu schweigen und jeden Zwang der englischen Weltbürgschaft auf dem Meere gebuldig hinzunehmen. Nach dem Kriege, wenn England, wie es meint, uns aufs Haupt geschlagen und über die Welt nach seinem Willen neu disponiert haben wird, sollen sich die

Neutralen zu Garantien der neuen englischen Weltordnung zusammenschließen.

Zu dieser Weltordnung wird noch folgendes gehören: Aus zuverlässiger Quelle wissen wir, daß England und Frankreich bereits im Jahre 1915 Russland die territoriale Herrschaft über Konstantinopel, den Bosphorus, das Westufer der Dardanellen mit Hinterland zugesichert und Kleinasien unter die Entente-mächte aufgeteilt haben. Die englische Regierung ist den Fragen, die hier überall im Parlament gestellt worden sind, ausgewichen. Aber diese Pläne der Entente sind doch wahrscheinlich auch für den Völkerverbund und, der sie später garantieren soll, von Interesse.

So sehen die Annexionsabsichten unserer Gegner aus, wozu auch noch Eliaß-Rothringen kommt, während ich bei der Besprechung unserer Kriegsziele die Annexion Belgiens niemals als unsere Absicht bezeichnet habe. Eine solche Weltpolitik kann nicht die Grundlage zu einem wirksamen internationalen Friedensbündnis abgeben. Eine solche Weltpolitik steht im krassen Widerspruch mit dem von Lord Grey und Herrn Asquith angeführten idealen Zustand, in dem das Recht über der Macht herrscht und alle Staaten, die die Familie der zivilisierten Menschheit bilden, ob groß oder klein, sich unter gleichen Bedingungen und in Uebereinstimmung mit ihren natürlichen Anliegen frei entwickeln können.

Will sich die Entente ernstlich auf diesen Boden stellen, dann sollte sie auch konsequent darnach handeln. Tut sie das nicht, dann bleiben auch die erheblichsten Worte über den Friedensbund und ein einträchtiges Zusammenleben der Völkerfamilien Schall und Rauch.

Die erste Vorbedingung für eine Entwicklung der internationalen Beziehungen auf dem Wege des Schiedsgerichts und des friedlichen Ausgleichs bestehender Gegensätze wäre, daß sich keine aggressiven Koalitionen mehr bilden. Deutschland ist jederzeit bereit, einem Völkerverbund beizutreten, ja, sich an die Spitze eines Völkerverbundes zu stellen, der die Friedensführer im Zaume hält. Die Geschichte der internationalen Beziehungen vor dem Krieg tritt klar vor die Augen aller Welt. Was führte Frankreich an Russlands Seite? Es führte Lothringen! Was wollte Russland? Konstantinopel! Warum schloß sich England ihnen an? Weil ihm Deutschland in der friedlichen Arbeit zu groß geworden war. Und was wollten wir? Deutschland habe mit seinem ersten Angebot der Neutralität Belgiens und Frankreichs die Erlaubnis Englands kaufen wollen, von den französischen Kolonien zu nehmen, was ihm beliebe. Selbst dem himverbranntesten Deutschen ist nie der Gedanke gekommen, über Frankreich herzufallen und ihm seine Kolonien zu nehmen. Nicht das war das Verhältnis Europas, sondern daß die englische Regierung französische und russische Eroberungsziele begünstigte, die ohne einen europäischen Krieg nicht zu erreichen waren.

Diesem aggressiven Charakter der Entente gegenüber hat sich der Dreißbund stets in Defensivstellung befunden. Kein ehrlicher Beurteiler kann das leugnen. Nicht im Schatten des preussischen Militarismus hat die Welt vor dem Krieg gelebt, sondern im Schatten der Einreisepolitik, die Deutschland niederhalten sollte.

Gegen diese Politik, mag sie diplomatisch als Einkreisung, militärisch als Vernichtungskrieg, wirtschaftlich als Weltboykott in die Erscheinung treten, haben wir von Anfang an der Verteidigung gestanden. Das deutsche Volk führt diesen Krieg als Verteidigungskrieg zur Sicherung seines nationalen Daseins und seiner freien Fortentwicklung. Niemand ist etwas anderes von uns behauptet, etwas anderes gewollt worden.

Wie ließe sich auch sonst die Entfaltung von Riesenkräften, dieser unerschöpflichen, zum letzten entschlossenen Opfermut erklären, der unerböt in aller Menschengeschichte ist? An der Notwendigkeit des feindlichen Kriegswillens, dem das Angebot militärischer und materieller Hilfskräfte aus aller Welt dienstbar gemacht wird, hat sich unser Widerstand zu immer härterer Entschlossenheit geföhrt. Was England noch an Kräften einsetzen mag — auch Englands Machtgebot hat seine Grenzen — es ist bestimmt, an unseren Lebenswillen zu scheitern. Dieser Willen ist unbezwingbar und unverwundlich. Wann unseren Feinden die Erkenntnis davon kommen wird, das warten wir in der Zuversicht ab, daß sie kommen muß.

Die Redner der Parteien.

Berlin, 9. November. (W.T.B.) Nach der Rede des Reichskanzlers machte der Hauptauschuss einer halbständigen Versammlung nach Wiedereröffnung der Sitzung sprach zunächst ein

Vertreter des Zentrums: Neu in der Rede des Reichskanzlers sei namentlich, daß der russische Befehl von 1912 die Mobilisierung als identisch mit einem Krieg gegen Deutschland bezeichne. Dadurch gewinne die russische Mobilisierung einen ganz neuen Charakter. Er begrüße die Erklärung, daß Deutschland sich an einem Staatenbund zur Erhaltung des Friedens beteilige, ja sich an dessen Spitze zu stellen bereit sei. Klar sei, daß in diesem solchen Staatenbund nicht per majora über Lebensfragen der Staaten bestimmt werden könne. Im Haag sei die Negation etwas zu stark in den Vordergrund gestellt worden, gegenüber dem Positiven, daß man jeden ehrlichen Versuch zur besseren Sicherung des Friedens unterstützen solle. Die Erfahrungen des Krieges würden das Verlangen nach einem besseren Schutz unserer Grenzen rechtfertigen.

Unter diesem Gesichtspunkt sei auch die polnische Frage zu betrachten. Der Sinn der Proklamation sei, daß Polen Gelegenheit gegeben werde, sich an den Weiten anzuschließen, anstatt nach Osten, bei freier selbständiger Entwicklung. Die Proklamation könne als ein hochherziger Entschluß begrüßt werden. Selbstverständlich sei sie in erster Linie bestimmt, unseren Interessen zu dienen, und es sei sogar die Pflicht eines leitenden Staatsmannes, diesen Gesichtspunkt in klarer, kalter Erwägung in den Vordergrund treten zu lassen. Dieselben grundsätzlichen Erwägungen mißfielen in Belgien maßgebend sein. Wenn der Reichskanzler wiederhole, daß er niemals eine Annexion Belgiens verlangt habe, so scheine er noch auf diesem Standpunkt zu stehen. Allerdings müßte aber dafür geortet werden, daß Belgien niemals wieder als Einfallstor gegen Deutschland dienen könne. Er beziehe sich auf eine frühere Erklärung des Abgeordneten Spaahn, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in deutscher Hand bleiben müsse.

Don einem nationalliberalen Redner wurde ausgeführt, daß die Darlegungen des Reichskanzlers dankenswerte Klarheit über die letzten Vorgänge vor dem Kriege gebracht hätten. Es sei zu wünschen, daß diese Darlegungen weite Verbreitung im neutralen Ausland fänden. Bemerkenswert seien besonders die Mitteilungen über die Vorgänge am 29. und 30. Juli. Es sei wichtig, daß ein englischer Vermittlungsvorschlag von uns weitergegeben und in Wien angenommen worden sei. Ebenso bemerkenswert sei, daß wir auf die direkte Verständigung zwischen Wien und Petersburg hingewirkt hätten. Der Reichskanzler habe auch die Kriegserfahrungen behandelt. Es sei dem zugestimmt, daß der Krieg das Ergebnis der Gesamtentwicklung sei, die mit der Entschlossenheit eingeleitet. Demgegenüber sei die deutsche Politik durchaus friedlich gewesen. Mit Russland hätten wir, wie die Verhandlungen von Potsdam und Valtischport bewiesen haben, versucht, auf guten Fuß zu kommen. Das Hindernis seien die russischen Wünsche am Balkan und auf Konstantinopel gewesen.

Die Marokkofrage sei mit dem Ziele einer endgültigen Verständigung mit Frankreich behandelt worden. Wenn das Ziel nicht erreicht wurde, sei es nicht unsere Schuld gewesen. Die Verhandlungen, die unmittelbar vor dem Kriege mit England über einen Interessenausgleich geführt wurden, seien ebenfalls ein Beweis friedlicher Politik. Wenn wir nun trotzdem gegen unseren Willen in den Krieg verwickelt worden seien, sei die Schuldfolgerung richtig, daß wir uns durch bessere Grenzen schützen müssen. Er wolle nicht auf die politische und belagerte Frage eingehen. Es sei jedenfalls zweifelhaft, ob es richtig wäre, jetzt definitive Beschlüsse auszusprechen. Er könne befürchten, daß der Reichskanzler niemals von einer Annexion Belgiens gesprochen habe; das sei auch nicht von den Herren geschehen, die sich von Zeit zu Zeit bei dem Reichskanzler verammelten. Mit den heutigen Ausführungen des Reichskanzlers seien aber nicht preisgegeben seine früheren Versicherungen, daß der Status quo ante nicht wiederhergestellt würde, daß wir reale Garantien haben müßten und daß Belgien nicht der Brückenkopf für englische Machtpläne auf dem Kontinent sein dürfe. Sonst würden wir für den Fall eines künftigen Krieges schlechter stehen als diesmal. Zur Frage eines internationalen Bundes zur Bewahrung des Friedens äußerte der Redner namens seiner Freunde das Einverständnis damit, daß die deutsche Politik jeden Versuch zur Schaffung derartigen Institutionen mitprüft und eifrig daran mitarbeitet. Lebensinteressen könnten, wie ja auch die genannte Ehrenklausel besagt, keiner internationalen Entscheidung unterworfen werden. Natürlich dürfe nicht alles auf die englischen Interessen zugewandt werden, auf eine englische Herrschaft über die Neutralen und über das Meer. Die deutschen Inter-

